



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

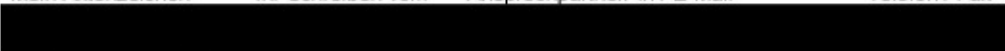


Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2997
poststelle@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de



Per elektronischer Kommunikation

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail Telefon / Fax



Bitte immer angeben!

Ihre Anfrage nach dem Landestransparenzgesetz

Sehr geehrte(r) ,

hiermit bestätigen wir den Empfang Ihrer E-Mail-Eingabe vom , mit der Sie alle Regierungserklärungen im Volltext von BM' a. D. Dr. Steffanie Hubig über Demokratieerziehung und – soweit erfolgt – von Herrn Minister Teuber begehren.

Ihre Anfrage wird als Antrag nach §§ 2 Abs. 2, 11 Landestransparenzgesetz (LTranspG) behandelt.

Ihre Anfrage können wir wie folgt beantworten:

Sie haben in Ihrem Antrag selbst auf die Regierungserklärung der ehemaligen Ministerin Frau Dr. Hubig vom 30.01.2019 verwiesen. Hierbei handelt es sich um die einzige Regierungserklärung, die Frau Dr. Hubig zum Antragsthema abgegeben hatte. Herr Minister Teuber hat eine solche Regierungserklärung nicht abgegeben.

Nach § 12 Abs. 1 Satz 2 LTranspG kann sich die transparenzpflichtige Stelle auf die Angabe der Information beschränken, wenn diese aus allgemein zugänglichen Quellen beschafft werden kann. Das in Bezug nehmend auf die Regierungserklärung öffentliche Plenarprotokoll ist unter <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/plenarprotokolle/73-P-17.pdf#page=29> abrufbar.



Darüber hinaus verweisen wir gerne auf die beigefügte Regierungserklärung von 2019, die ohne Erwiderungen der Opposition abgedruckt wurde.

Kosten gemäß § 24 LTranspG werden nicht erhoben.

Sie haben die Möglichkeit, den Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit anzurufen (§ 12 Abs. 4 Satz 6 LTranspG).

Sollte diese Antwort veröffentlicht werden, möchte ich Sie mit Hinweis auf die Datenschutz-Grundverordnung darum bitten, personenbezogene Daten unkenntlich zu machen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Ministerium für Bildung, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, schriftformersetzend nach § 3 a Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz oder zur Niederschrift erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[Redacted signature area]

**"Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt
Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches
Miteinander"**

Regierungserklärung

der Staatsministerin für Bildung, Dr. Stefanie Hubig,

am 30. Januar 2019

Sperrfrist ist Beginn der Rede.

Es gilt das gesprochene Wort!

Einleitung: Der lange Schatten der Vergangenheit

Herr Präsident,

meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

wie könnte man eine Regierungserklärung zur Demokratiebildung an diesem Tag, an dem vor 86 Jahren die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, anders beginnen als mit der Erinnerung? Mit der Erinnerung an das, was Henriette Kretz vor 72 Stunden in diesem Haus so bewegend geschildert hat – was sie überlebt hat, aber Millionen andere Menschen nicht? Mit der Erinnerung an Trauer und Scham und mit der Verantwortung, die daraus erwächst?

Man könnte es nicht.

Man könnte es nicht, weil die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus für uns immerwährende Ermahnung und Verpflichtung sind und bleiben.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus der Erinnerung und im Bewusstsein der immerwährenden Verantwortung die Grundwerte unserer Demokratie geschaffen: die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Unumstößlichkeit der Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, die immer auch die Toleranz verlangt.

Wer versucht, den „Quantensprung in der Menschheitsgeschichte des Bösen“ – wie die Erinnerungsforscherin Aleida Assmann den Holocaust bezeichnet – zu relativieren und zu verharmlosen und die Nazi-Diktatur zu einem Detail der Geschichte zu machen, dem sei gesagt: Demokratie und Erinnerung sind in unserem Land untrennbar miteinander verbunden.

Der Holocaust ist der lange Schatten, der über unserer Geschichte liegt und der uns für alle Zeit Auftrag sein muss und sein wird: zu erinnern und nie wieder zuzulassen.

Für uns bedeutet das: Wir müssen die demokratischen Grundwerte unseres Grundgesetzes kompromisslos verteidigen, aktiv leben und entschlossen stärken gegen all das, was sie bedroht. Und diese Bedrohung hat ganz konkrete Namen: Extremismus und Populismus, Rassismus und Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Menschenfeindlichkeit und Chauvinismus – und jede Form der Missachtung freiheitlich-demokratischer Regeln des Zusammenlebens, egal aus welchen Gründen und aus welcher Richtung. Und diese Bedrohung äußert sich ganz konkret: im Netz und auf der Straße, in verbaler und körperlicher Gewalt und in der Verrohung der Sprache.

Meine Damen und Herren,

die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Gesellschaft von morgen. Sie werden dieses Land in 10, 15 und 20 Jahren tragen. Gemeinsam mit ihren Eltern wollen wir sie dabei unterstützen, mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden. Wenn wir wollen, dass auch sie die Chance haben, in einer freien und gerechten Gesellschaft zu leben, dann müssen sie den Wert von Demokratie kennen. Sie müssen lernen und selbst erleben, wie Demokratie funktioniert, wie ein demokratisches Miteinander, respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren – und wie unverzichtbar sie sind.

Wir als Landesregierung wollen unsere Lehrerinnen und Lehrer und unsere Schülerinnen und Schüler in ihrem Engagement für die Demokratie bestärken. Wir wollen sie gerade in diesen Zeiten ermuntern und unterstützen, ihren Weg weiter zu gehen, aber auch neue Pfade zu beschreiten.

Dafür haben wir im Bildungsministerium ein Gesamtkonzept für die schulische Demokratiebildung erarbeitet und nehmen dabei drei Aspekte in den Blick:

Erstens: das Erinnern an die Verbrechen der Nazidiktatur und das historisch-kritische Bewusstsein für unsere Geschichte und die Lehren, die daraus für das Heute und Morgen zu ziehen sind.

Zweitens: das Lernen und Leben von Demokratie in unserer Gegenwart;

und drittens: unser europäisches Miteinander.

Warum ist es so wichtig, gerade diese drei Aspekte in unseren Schulen zu stärken?

Weil unsere Schulen ein, ja der zentrale Ort sind, an dem Demokratie gelernt und gelebt wird. Und was mich heute zuversichtlich stimmt, ist welch großes Engagement für die Demokratie ich bei meinen Besuchen dort immer wieder erlebe.

Ich kann Ihnen heute klar sagen: Für jeden, der auf einer Demonstration irgendwo in Deutschland fremdenfeindliche oder antisemitische Parolen skandiert, gibt es in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler, die sich mit ihren Lehrkräften jeden Tag gegen Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Für jeden, der im Internet Hass postet, gibt es in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler, die sich in ihren Schulen, in ihrer Region und bei Schüleraustauschen für Toleranz und Vielfalt einsetzen – und das auch in immer mehr Europaschulen und „Schulen ohne Rassismus, Schulen mit Courage“.

Und für jeden, der glaubt, das Holocaust-Mahnmal sei ein „Denkmal der Schande“, gibt es unzählige Schülerinnen und Schüler in unserem Land, die Gedenkorte besuchen, Stolpersteine verlegen und mit Zeitzeugen sprechen. Sie alle geben uns Zuversicht. Und sie alle wollen wir mit unserem Konzept unterstützen.

Das Gesamtkonzept zur Demokratiebildung in Schulen: Ein neues Maßnahmenpaket zum Erinnern, Demokratiebildung und Europa baut auf Bestehendem auf

Lassen Sie mich Ihnen unser Maßnahmenpaket erläutern. Wir werden damit mehr als vier Millionen Euro jedes Jahr zusätzlich in die Demokratiebildung investieren. Es ist eine Investition in die Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie. Lassen Sie mich mit der Erinnerungskultur beginnen:

Die Pflicht, nicht zu vergessen – Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Schule stärken

Schon heute spielt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle in unseren Schulen: In den Lehrplänen ist sie fest verankert.

Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich in zahllosen Projekten, fahren zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten und setzen sich weit über den Unterricht hinaus ein. Seit 1994 werden solche Projekte vom Bildungsministerium gefördert. Und im Lehrplan für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer ist ab Klassenstufe 9 in jedem Schuljahr ein Unterrichtstag als Demokratietag vorgesehen, der explizit auch Gedenktag sein kann. Auf all diesem Bestehenden bauen wir mit unseren Maßnahmen auf.

Im vergangenen Jahr hat uns bundesweit die Frage beschäftigt, ob Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit wenigstens einmal einen Gedenkort besuchen sollen, der an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Antwort auf diese Frage nur „ja“ lauten kann. So wichtig das historische Lernen im Klassenzimmer ist, so wichtig ist auch das unmittelbare Erleben. Wer Hinzert und Osthofen, Buchenwald oder Auschwitz besucht oder Zeitzeugen hört, gewinnt viel tiefere und unmittelbare Eindrücke. Wir alle haben es am Sonntag eindrucksvoll erlebt.

Wir müssen es den Schülerinnen und Schülern immer wieder neu ermöglichen, sich mit dem monströsen Zivilisationsbruch auseinanderzusetzen, der in ihrem Land vor nicht einmal drei Generationen begangen wurde.

Wir müssen verdeutlichen und erfahrbar machen, welchen Wert unsere Demokratie darstellt und was für eine Errungenschaft sie ist. Die Schülerinnen und Schüler müssen lernen, was Henriette Kretz hier so erschütternd und eindringlich beschrieben hat: dass es jedem und jeder so gehen kann und Gewissheiten von einem Tag auf den anderen wegbrechen können, ohne dass man sich irgendetwas hat zuschulden kommen lassen.

Und all das müssen wir besonders denen vermitteln, die sich heute fragen, warum sie nach so vielen Jahren noch gedenken sollen, und jenen, deren eigene Familiengeschichte in Deutschland nicht in diese Zeit zurückreicht.

Wir sind das – davon bin ich zutiefst überzeugt – auch den Menschen schuldig, die damals stigmatisiert und ermordet wurden: als Juden, Sinti und Roma, politisch Andersdenkende, wegen ihrer Homosexualität, einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung – oder aus ganz anderen, willkürlichen Gründen.

Wir sind es ihnen schuldig, sie als einzelne Persönlichkeiten mit individuellen Geschichten in die Gegenwart zurück zu holen und sie nicht als Zahl in einer Statistik verschwinden zu lassen.

Und deshalb soll sich jede rheinland-pfälzische Schülerin und jeder rheinland-pfälzische Schüler im Laufe des Schullebens wenigstens einmal unmittelbar mit dem Erinnern beschäftigen:

Sie sollen eine Gedenkstätte oder einen anderen Lernort besuchen oder sich mit dem intensiv befassen, was Zeitzeugen, ihre Kinder und Enkel direkt oder aufgezeichnet berichten. Diesen Auftrag werden wir zum neuen Schuljahr in einer Richtlinie festschreiben und zusammen mit den Schulen umsetzen.

Wir werden, zweitens, auch die Rahmenbedingungen für solche schulischen Vorhaben verbessern. Wir werden die Mittel deutlich erhöhen und neue Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen. Fahrten fördern wir dabei zu einer breiten Anzahl von Gedenkorten auch über die KZ-Gedenkstätten hinaus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus können so im Unterricht umfassend thematisiert werden.

Wir werden außerdem die Unterstützung unserer Gedenkstätten für die Arbeit mit Schulen ausbauen und Osthofen mit einer zusätzlichen Lehrkraft verstärken.

Wir werden, drittens, zum nächsten Schuljahr eine neue zentrale Servicestelle für schulische Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut einrichten, die allen Lehrkräften beratend, vernetzend und mit neuen Unterrichtsmaterialien zur Seite steht. Sie wird auf die Zeitzeugenkoodinierungsstelle aufbauen. Mit ihr war Rheinland-Pfalz schon vor zehn Jahren einer der Vorreiter unter den Ländern.

Gedenkstättenbesuche und moderne Zeitzeugenpädagogik werden wir, viertens, verpflichtend in der Lehrkräfteausbildung verankern. Schon heute besuchen viele Anwärtinnen und Anwärter im Rahmen der Ausbildung Gedenkorte. In Zukunft werden alle angehenden Lehrkräfte aller Lehrämter während ihrer Ausbildung eine Gedenkstätte wie Hinzert oder Osthofen oder andere vergleichbare außerschulische Lernorte besuchen.

Welche Wirkung von Gedenkorten ausgeht, haben die meisten von uns selbst erlebt. Ich durfte im vergangenen Jahr während meiner Israel-Reise für die Kultusministerkonferenz die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem besuchen.

Es war ein Besuch, der mich tief bewegt hat, weil diese Gedenkstätte es in unvergleichlicher Weise schafft, der fürchterlichen Zahl von sechs Millionen entrechteter und ermordeter Juden individuelle Gesichter und Persönlichkeiten und damit ihre Würde zurückzugeben.

Die Kooperationsvereinbarung, die ich dort für Rheinland-Pfalz unterzeichnet habe, ermöglicht solche Besuche nun auch rheinland-pfälzischen Lehrkräften im Rahmen von Fortbildungen. Im kommenden Monat wird die erste Gruppe nach Israel aufbrechen, und schon jetzt finden Fortbildungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Yad Vashem in Rheinland-Pfalz statt.

Und auch die Vereinbarung mit der Bethe-Stiftung, die für Schülerinnen und Schüler Gedenkstättenbesuche in Polen, zum Beispiel in das ehemalige deutsche Konzentrationslager Auschwitz, fördert, schreiben wir fort. So werden wir die Erinnerung an die Shoah im Bewusstsein auch der künftigen Generationen lebendig halten und nach vorne gewandt Lehren ziehen.

Und nicht zuletzt müssen wir uns mit aller Kraft für die Bekämpfung des Antisemitismus in unserer Gesellschaft einsetzen – des alten wie des neuen. Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland, das mit Dieter Burgard einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt hat.

Und auch in unseren Schulen müssen unsere Lehrkräfte kompetent einschreiten können, etwa wenn Schülerinnen und Schüler das Wort „Jude“ als Schimpfwort gebrauchen. Die Fortbildungsangebote zur Prävention von und zum Umgang mit Antisemitismus werden die verschiedenen pädagogischen Fortbildungsinstitute in Rheinland-Pfalz deshalb noch einmal deutlich ausbauen.

Und auch mehr Wissen über das Judentum brauchen wir in unserer Gesellschaft. Dafür bietet beispielsweise das Pädagogische Landesinstitut in Kooperation unter anderem mit den SchUM-Städten zukünftig mehr Fortbildungen an.

Nach 2009 und 2015 wird das Bildungsministerium 2020 zudem wieder einen Schüleraustausch mit Israel durchführen, den wir danach alle zwei Jahre anbieten wollen. Daran können Schülerinnen und Schüler aus ganz Rheinland-Pfalz teilnehmen. Es geht ums Brückenbauen und Verstehenlernen auch der künftigen Generationen. Das ist mir ein persönliches Anliegen.

Demokratie in der Schule lernen und leben

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
lassen Sie mich damit zur zweiten Säule unseres Gesamtkonzeptes kommen: einer umfassenden Demokratiebildung, die auf Wissen, ebenso wie Werte und Handeln abzielt.

Denn eine der größten Bedrohungen für unsere Demokratie ist die Gleichgültigkeit: Zu oft wird die Demokratie, werden die Grundrechte heute als etwas Selbstverständliches hingenommen. Wir wissen aber aus unserer eigenen Geschichte, dass das nicht so ist. Auch die friedliche Revolution vor 30 Jahren und die Überwindung der SED-Diktatur führen uns das in diesem Jahr besonders vor Augen. Gerade von Rheinland-Pfalz sind dabei in der Demokratieggeschichte immer wieder wichtige Impulse ausgegangen, wie etwa das Hambacher Fest.

Unsere Schülerinnen und Schüler sollten wissen, unter welchen Opfern und gegen welche Widerstände in unserem Land immer wieder für Freiheit und Demokratie gekämpft worden ist. Und sie sollten wissen, dass, wer Nationalismus und Spaltung predigt, wer Vorurteile gegen Minderheiten schürt, gewiss kein Anrecht hat auf die historischen Symbole von Einigkeit und Recht und Freiheit.

Sozialkunde stärken, Lehrkräfte unterstützen, Prävention fördern

Meine Damen und Herren,

bereits zum Schuljahr 2016/17 haben wir die Lehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer neu erarbeitet und die Demokratiekompetenz in den Mittelpunkt gerückt. Mit dem Landesdemokratietag des Bündnisses „Demokratie gewinnt“ haben wir zudem ein bundesweit einzigartiges Forum zum Austausch in der Demokratiebildung mit vielen bedeutenden Partnern. Derzeit wird die Einrichtung einer Geschäftsstelle für dieses Bündnis vorbereitet. Das Forum werden wir weiter stärken und ausbauen, ebenso wie die Zusammenarbeit mit dem Landtag, der eine ganz wesentliche Rolle bei der Demokratiebildung spielt. Das großartige neue Besuchsprogramm für Grundschülerinnen und Grundschüler ist nur ein Beispiel dafür.

Insgesamt können über den Unterricht hinaus in den kommenden beiden Jahren im Bildungshaushalt jeweils 700.000 Euro für die Demokratiebildung ausgegeben werden; doppelt so viel wie noch vor drei Jahren. Dafür danke ich den Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die diese Mittel in den vergangenen beiden Doppelhaushalten jeweils deutlich erhöht haben.

Zentral ist für mich bei alledem: das Demokratielernen in der Schule grundsätzlich zu stärken. Dafür werden wir, erstens, das tun, worüber wir hier schon häufig diskutiert haben: Wir werden die Sozialkunde ab dem Schuljahr 2020/2021 sukzessive um insgesamt zwei Wochenstunden ausbauen:

Der Sozialkundeunterricht soll künftig ein Jahr früher mit einer Stunde einsetzen, in der Regel also in der 8. Klasse. Und er soll in der letzten Klassenstufe, also der 9. oder 10. Klasse, künftig mit zwei statt einer Stunde unterrichtet werden.

Entsprechend werden wir auch im Fach Gesellschaftslehre den Anteil der politischen Bildung stärken. Wir werden außerdem sicherstellen, dass auch in der Oberstufe alle Schülerinnen und Schüler das Fach Sozialkunde belegen.

Damit weiten wir die Demokratiebildung in der Schulzeit deutlich aus. Jede Schülerin und jeder Schüler in Rheinland-Pfalz wird dann im Laufe der Sekundarstufe I rund 70 zusätzliche Stunden Sozialkunde haben. Rund 50 Planstellen werden wir dafür zur Verfügung stellen.

Zweitens werden wir die bestehenden Lehrpläne in der Sekundarstufe I anpassen, und die Lehrpläne aller gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in der Oberstufe grundlegend überarbeiten und modernisieren. Auch hier ist mehr Demokratiebildung der Grundsatz.

Die neue Servicestelle für Zeitzeugen- und Gedenkarbeit am Pädagogischen Landesinstitut, von der ich eben schon sprach, ergänzen wir um eine Servicestelle für Demokratiebildung. Sie ist der zentrale Ansprechpartner für unsere Lehrkräfte zu allen Fragen rund um Fördermöglichkeiten, Fortbildungen, Beratung, neue Unterrichtsmaterialien und Vernetzung mit außerschulischen Partnern wie etwa der Landeszentrale für politische Bildung.

Und weil Demokratiebildung sich nicht allein im Wissen erschöpft, tragen wir in Rheinland-Pfalz dafür Sorge, dass sie von Anfang an immer auch Persönlichkeitsentwicklung ist. Wir werden deshalb in einer weiteren Maßnahme die vielfältigen und erfolgreichen Präventionsprogramme, die es heute schon beispielsweise zu Extremismus, Gewalt und Antisemitismus gibt, intensivieren.

Diese Programme stärken die allgemeine Demokratiekompetenz und die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Sie helfen ihnen dabei, resilient und selbstbewusst gegen Extremismus und Populismus zu werden.

Und, meine Damen und Herren, um der Frage vorzugreifen: Diese Programme dienen, wie alles, was ich Ihnen heute vorstelle, nicht nur der Prävention von Rechtsextremismus, sondern jeder Form vom Radikalismus, auch religiösem oder linkem Extremismus. Denn keine Form des Extremismus ist mit unserem Grundgesetz vereinbar.

Aber gerade an diesem geschichtsträchtigen Tag heute gilt mein ganz besonderer Dank den Menschen in unserem Land, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen. Allein den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen bei uns heute schon 140 Schulen, über 100 mehr als vor zehn Jahren. Und in diesem Jahr kommen noch weitere dazu.

Über diese Entwicklung freue ich mich außerordentlich und ich danke der Landeszentrale für politische Bildung sehr herzlich, die sie betreut. Ich bin stolz, selbst Patin einer Schule ohne Rassismus und mit viel Courage zu sein: des Kant-Gymnasiums in Boppard.

Die Schule der Demokratie ist die Schule: Mehr Partizipation ermöglichen

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wir werden auch die Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern noch einmal deutlich stärken.

Demokratie muss in der Schule nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden – von Anfang an. Und das geschieht nicht nur in unseren 39 Modellschulen für Demokratie und Partizipation, sondern überall – zum Beispiel in Klassenräten und Schülerparlamenten und durch die Schülervertreterinnen und -vertreter.

Die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler werden wir in einer Schulgesetznovelle, die wir noch in diesem Jahr in den Landtag einbringen werden, ausweiten.

Und weil bei all dem unsere Lehrerinnen und Lehrer die wichtigsten Botschafterinnen und Botschafter unserer Demokratie sind, ist es selbstverständlich entscheidend, sie durch Aus-, Fort- und Weiterbildung optimal zu unterstützen. Die Studienseminare arbeiten deshalb aktuell an einem Maßnahmenpaket für eine verstärkte Demokratiebildung.

Und das Pädagogische Landesinstitut hat sie mit Beginn dieses Jahres zu einem Schwerpunkt des Fortbildungsprogramms gemacht.

Begegnung stärken, Europa stärken

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
diese Maßnahmen sind für mich die bildungspolitischen Antworten auf den wachsenden Extremismus, Populismus und Nationalismus. Aber noch etwas ist für mich von entscheidender Bedeutung: dass wir für unsere Kinder und Jugendlichen konkret bewusst und erfahrbar machen, welcher unschätzbare Wert Europa darstellt. Deshalb werde ich übrigens meine KMK-Präsidentschaft im nächsten Jahr unter das Leitthema Europa stellen.

Seit sieben Jahrzehnten leben wir dank der Idee Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand und es ist Europa, dem Deutschland verdankt, nach dem furchtbaren Zivilisationsbruch wieder in die Weltgemeinschaft aufgenommen worden zu sein. Damit hat Europa schon ganz an seinem Anfang mehr für unser Land getan, als wir jemals für Europa tun könnten.

Das europäische Miteinander ist seit jeher eine der Grundfesten der Bundesrepublik und unseres Bundeslandes an der Grenze zu Frankreich, Belgien und Luxemburg. Und wir verstehen es als inklusiv, nicht als exklusiv: Man kann Rheinland-Pfälzerin sein und Deutsche und Europäerin – so formuliert es immer unsere Ministerpräsidentin.

Schon heute nehmen Rheinland-Pfalz und unsere Partnerregion Bourgogne-Franche-Comté in der Bildungskoooperation eine Vorreiterrolle im deutsch-französischen Tandem ein.

Auch bei der gemeinsamen Lehrkräfteausbildung mit unserer Partnerregion in Frankreich, bei Programmen wie „Lerne die Sprache des Nachbarn“, Projekten wie SESAM'GR und vielem mehr steht das europäische Miteinander während der gesamten Bildungskette in Rheinland-Pfalz im Fokus – von der Kita bis in den Beruf. Und so steigt die Zahl der Schulen in Rheinland-Pfalz, die Begegnungen im Rahmen von ERASMUS-Plus organisieren, seit Jahren an. Rheinland-Pfalz gehört schon heute zu den Spitzenreitern im Ländervergleich.

Das wollen wir ausbauen und fördern. Deshalb erhöhen wir, erstens, die Mittel für den Schüleraustausch. Unser Ziel ist, dass es jeder rheinland-pfälzischen Schülerin und jedem rheinland-pfälzischen Schüler möglich ist, mindestens einmal im Schulleben Gleichaltrigen im Ausland zu begegnen oder sie hier kennen zu lernen.

Auch die EU stellt Mittel in ihrem ERASMUS-Plus-Programm zur Verfügung. Die Antragstellung ist für Schulen oft aufwändig. Deshalb werden wir sie, zweitens, gemeinsam mit dem Pädagogischen Austauschdienst und dem Bundesinstitut für Berufsbildung bei der Antragstellung ganz gezielt beraten und unterstützen.

Wir werden, drittens, anknüpfend das deutsch-französische Doppelabitur AbiBac das AzubiBacPro für die berufsbildenden Schulen einführen. Das Zertifikat wird sowohl berufsbezogene französische Sprachkenntnisse als auch den interkulturellen Kompetenzerwerb während der beruflichen Ausbildung bestätigen und setzt neue Anreize zur deutsch-französischen Begegnung für Auszubildende.

Viertens werden wir das Netzwerk der Europaschulen von derzeit 55 in unserem Land weiter ausbauen. Und es wird, fünftens, eine neue Koordinierungsstelle Europa im Europahaus Bad Marienberg geben. Sie wird sowohl zentrale Servicestelle für die Netzwerkschulen als auch für alle anderen am Thema Europa interessierten Schulen sein – mit dem Ziel, den Austausch weiter zu intensivieren und stärker zu vernetzen.

Schluss: Die besondere Verantwortung der Bildung

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

das ist unser Maßnahmenpaket für die Demokratiebildung in unseren Schulen.

Mir ist wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen durch unmittelbares Erleben die Bedeutung unserer Demokratie verstehen – an Gedenkorten oder mit Zeitzeugen, beim Schüleraustausch, in Schülervertretungen oder Klassenräten.

Und für das Verstehen brauchen sie ein Fundament an Wissen, das durch eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts gestärkt wird.

Die Lehrerinnen und Lehrer wollen wir bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen: In der Ausbildung, indem sie künftig alle einen Gedenkort besuchen und erleben. Bei ihrer Arbeit durch neues Unterrichtsmaterial und Fortbildungen und durch drei zentrale Service- und Anlaufstellen, die für alle Schwerpunkte unseres Gesamtkonzeptes – das Erinnern, die Demokratiebildung und Europa – neu eingerichtet werden.

Und all diese Überlegungen bauen auf den bisher schon erfolgreichen Maßnahmen auf, natürlich auch auf der Demokratiepädagogik in unseren Kitas, die die Erzieherinnen und Erzieher dort ebenfalls mit großem Engagement leben und die ich deshalb nicht unerwähnt lassen möchte. Und hervorragend ist auch die außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit zur Demokratiebildung. Auch sie befähigt Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement.

Meine Damen und Herren,

der heutige Tag mahnt und erinnert uns daran, die Demokratie nicht für selbstverständlich zu halten. Jede Generation muss sich neu darauf vereinbaren, sie neu erlernen, leben und auch verteidigen.

Und kaum ein anderer Tag könnte uns deutlicher daran erinnern, dass gerade die Länder es sind, die mit der Bildungshoheit, die ihnen das Grundgesetz aus gutem Grund zuschreibt, hier in besonderer Verantwortung stehen. Denn der 30. Januar ist auch der Tag, an dem die Nationalsozialisten ein Jahr nach der Machtübernahme die Landesparlamente abgeschafft und die Gleichschaltung der Länder vollzogen haben.

Wenn heute manche die Vergangenheit relativieren, demokratische Werte untergraben und das europäische Friedensprojekt von Nationalismus bedroht wird, müssen wir dem mit wachsamem Blick und klarem Handeln begegnen. Unsere Antwort darauf muss mehr Demokratiebildung sein, die das bestehende große Engagement unterstützt und wachsen lässt.

Das tun wir mit unserem Gesamtkonzept.

Und wir tun dies zusammen und mit der breiten Unterstützung vieler Partner in unserem Land und mit der Unterstützung dieses Parlamentes, das sich mit seinen eigenen erfolgreichen Projekten und in Kooperation mit den Schulen für die Demokratiebildung stark macht.

Ich möchte zum Abschluss deshalb dem Landtag und allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ganz herzlich danken, die sich in unseren Schulen und außerhalb, ehrenamtlich oder beruflich, aber immer aus tiefer Überzeugung für Demokratie engagieren. Wegen all dieses Engagements sind wir heute zuversichtlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Von: [REDACTED]
An: Poststelle (BM und MWG) <poststelle@mwg.rlp.de>
Gesendet am: [REDACTED]
Betreff: Nachricht: Antrag nach LTranspG zu Offenlegung von Regierungserklärung über Demokratieerziehung

Neue Nachricht über das Kontaktformular der Website

Vor[REDACTED]
na
me
Na[REDACTED]
ch
na
me

Be Antrag nach LTranspG zu Offenlegung von Regierungserklärung über
tref Demokratieerziehung
f

E-[REDACTED]
Ma
il-
Adr
es
se

Na Guten Morgen,
chr bitte senden Sie mir alle Regierungserklärungen im Volltext von BM' a. D. Dr.
ich Steffanie Hubig über Demokratieerziehung zu. Sollten auch die von
t Nachfolger Sven Teuber, bitte auch jene.

Es ist unklar, ob nur eine vorliegt oder nicht. Ich konnte eine mit Leitsatz von 2019 im Dokument DEMOKRATIEBILDUNG IM VORBEREITUNGSDIENST (https://studienseminar.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf) identifizieren.

Bitte als PDF-Dateien, falls vorliegend, aus Manipulationsschutz. Danke.

Ich öffne mich für elektronische Kommunikation, aber auch Zustellung.

Freundliche Grüße

[REDACTED]

[REDACTED]

Da akzeptiert
ten
sc
hut
z

Copy & Paste für CSV-Datei

["Antrag nach LTranspG zu Offenlegung von Regierungserklärung über Demokratieerziehung"; "Guten Morgen, bitte senden Sie mir alle Regierungserklärungen im Volltext von BM' a. D. Dr. Steffanie Hubig über Demokratieerziehung zu. Sollten auch die von Nachfolger Sven Teuber, bitte auch jene. Es ist unklar, ob nur eine vorliegt oder nicht. Ich konnte eine mit Leitsatz von 2019 im Dokument DEMOKRATIEBILDUNG IM VORBEREITUNGSDIENST (https://studienseminar.rlp.de/fileadmin/user_upload/studienseminar.rlp.de/gs-sim/service_download/HP_2020/Demokratiebildung_finale_Fassung_Januar_2021_docx.pdf) identifizieren. Bitte als PDF-Dateien, falls vorliegend, aus Manipulationsschutz. Danke. Ich öffne mich für elektronische Kommunikation, aber auch Zustellung. Freundliche Grüße];
["akzeptiert";

Diese E-Mail wurde gesendet von <http://bm.rlp.de/>.

Die URL des Formulars lautet: <http://bm.rlp.de/ueber-uns/kontakt/kontaktformular>

Bitte kontaktieren Sie den Administrator der Website, wenn diese E-Mail nicht für Sie bestimmt ist.